

Vergabestelle



**Klinikum
Braunschweig**

Städtisches Klinikum Braunschweig gGmbH
Geschäftsbereich Bau + Technik
Freisestraße 9/10
38118 Braunschweig

Datum der Versendung: 23.11.2017

| | |
|---|---|
| Vergabeart | |
| <input checked="" type="checkbox"/> | Offenes Verfahren |
| <input type="checkbox"/> | Nichtoffenes Verfahren |
| <input type="checkbox"/> | Verhandlungsverfahren nach öffentlicher Vergabebekanntmachung |
| <input type="checkbox"/> | Verhandlungsverfahren ohne öffentliche Vergabebekanntmachung |
| <input type="checkbox"/> | Wettbewerblicher Dialog |
| Absendung an EU-Amtsblatt am: 21.11.2017 | |
| Ablauf der Angebotsfrist: | |
| Datum: 11.01.2018 | Uhrzeit: 10:30 |
| | |
| Bindefrist endet am: 21.03.2018 | |

Aufforderung zur Abgabe eines Angebots

(Vergabeverfahren gem. Abschnitt 2 VOB/A)

Bezeichnung der Bauleistung:

Maßnahmennummer

Baumaßnahme

**Städtisches Klinikum Braunschweig
Klinikum Salzdahlumer Straße – Umbau, Weiterbau, Neubau**

Vergabenummer

2017-09-S2-UWN-WDVS

Leistung

VP 27- Fassade: Malerarbeiten + Wärmedämmverbundsystem (WDVS)

Anlagen

A) die beim Bieter verbleiben und im Vergabeverfahren zu beachten sind

- | | | |
|-------------------------------------|--------------|---|
| <input checked="" type="checkbox"/> | SKBS 212 EU | Bewerbungsbedingungen EU (Stand April 2014) |
| <input type="checkbox"/> | 226 | Mindestanforderungen an Nebenangebote |
| <input type="checkbox"/> | 227 | Wertungskriterien |
| <input type="checkbox"/> | 232 | Vereinbarung Tariftreue zwischen AN und NU |
| <input type="checkbox"/> | 242 | Instandhaltung |
| <input checked="" type="checkbox"/> | | GAEB- Dateien |
| <input checked="" type="checkbox"/> | 421 | Bürgschaft für Vertragserfüllung SKBS 421 |
| <input checked="" type="checkbox"/> | 422 | Bürgschaft für Mängelansprüche SKBS 422 |
| <input checked="" type="checkbox"/> | | Planunterlagen |
| - | Lageplan | M 1:1000 LP/01 |
| - | Dachaufsicht | M 1:200 DA/01 |
| - | Nordansicht | M 1:200 NE/01 |
| - | Ostansicht | M 1:200 NE/02 |
| - | Westansicht | M 1:200 NE/03 |
| - | Südansicht | M 1:200 NE/04 |
| - | Innenhof | M 1:200 IN/01 |
| - | Innenhof | M 1:200 IN/02 |
| - | Innenhof | M 1:200 IN/03 |
| - | Innenhof | M 1:200 IN/04 |
| - | Detail | M 1:10 DE/01 |

B) die beim Bieter verbleiben und Vertragsbestandteil werden

- ☒ Teile der Leistungsbeschreibung: Baubeschreibung, Pläne, sonstige Anlagen
- ☒ SKBS 214 Besondere Vertragsbedingungen
- ☒ SKBS 215 Zusätzliche Vertragsbedingungen (Stand April 2014)
- ☐ 225 Stoffpreisgleitklausel Stahl
- ☐ 231 Vereinbarung Tariftreue
- ☐ 241 Abfall
- ☐ 244 Datenverarbeitung
- ☒ Allgemeine Grundsätze für Auftragnehmerleistungen im Bereich Bau + Technik (AGFA 04/2015)
- ☒ Regelung zur Baustellenentsorgung im SKBS (08/2014)
- ☒ Gutachterliche Stellungnahme zur aerodynamischen Einwirkung Hubschrauberflug
- ☐ frei

C) die, soweit erforderlich, ausgefüllt mit dem Angebot einzureichen sind

- ☒ SKBS 213 Angebotsschreiben
- ☒ Teile der Leistungsbeschreibung: Leistungsverzeichnis/Leistungsprogramm
- ☒ 124 Eigenerklärung zur Eignung
- ☐ 224 Angebot Lohnleitklausel
- ☒ 234 Erklärung Bieter-/Arbeitsgemeinschaft
- ☒ 235 Verzeichnis der Leistungen anderer Unternehmen
- ☐ frei
- ☐ 248 Erklärung zur Verwendung von Holzprodukten
- ☐ Vertragsformular für Wartung/Instandhaltung
- ☒ Erklärung zu § 4 Abs. 1 NTVeG (Tariftreue- und Mindestentgelterklärung Bau- und Dienstleistung gem. Niedersächsischem Tariftreue- und Vergabegesetz)
- ☒ 221/222 Angaben zur Preisermittlung
- ☐ frei

D) die ausgefüllt auf gesondertes Verlangen der Vergabestelle einzureichen sind

- ☒ 223 Aufgliederung der Einheitspreise
- ☒ 236 Verpflichtungserklärung anderer Unternehmen

1 Es ist beabsichtigt, die in beigefügter Leistungsbeschreibung bezeichneten Leistungen im Namen und für Rechnung

**Städtisches Klinikum Braunschweig GmbH, Geschäftsbereich Bau + Technik,
Freisestraße 9/10 , 38118 Braunschweig**

zu vergeben.

2 Auskünfte

Auskünfte werden erteilt, nicht beigefügte Unterlagen können eingesehen werden bei/beim

Name: Städtisches Klinikum Braunschweig GmbH, Geschäftsbereich Bau + Technik,
Vergabemanagement

Anschrift: Freisestraße 9/10 , 38118 Braunschweig

Tel.: 0531/ 595 - 0 Fax: 0531/ 595- 1470 E-Mail: GBC-Ausschreibungen@klinikum-braunschweig.de

Nicht beigefügte Unterlagen sind: ./.

3 Vorlage von Nachweisen/Angaben/Unterlagen**3.1 Folgende Nachweise/Angaben/Unterlagen sind - zusätzlich zu den in den Bewerbungsbedingungen EU genannten - mit dem Angebot einzureichen:**

- ☒ siehe Bekanntmachung
- ☒ Angaben zur Preisermittlung entsprechend Formblatt 221 oder 222
- ☐ Nachweise entsprechend VOB/A § 6 EU Nr.1 bis 3

3.2 Folgende Nachweise/Angaben/Unterlagen sind - zusätzlich zu den in den Bewerbungsbedingungen EU genannten - auf gesondertes Verlangen der Vergabestelle vorzulegen

- ☒ siehe Bekanntmachung
- ☒ Aufgliederung der Einheitspreise entsprechend Formblatt 223
- ☒ Nachweise entsprechend VOB/A § 6 EU Nr. 1 bis 3
- ☐ Formblatt 236 Verpflichtungserklärung anderer Unternehmen
- ☐ Angaben zur Preisermittlung entsprechend Formblatt 221 oder 222
- ☐ frei
- ☒ Für jeden benannten Nachunternehmer: Nachweise entsprechend VOB/A § 6 EU Nr.1 bis 3
- ☒ Für jeden benannten Nachunternehmer: Mustererklärung zu § 4 Abs. 1 NTVerG

4 Losweise Vergabe

- ☒ nein
- ☐ ja, Angebote sind
 - ☐ möglich nur für ein Los
 - ☐ für ein Los oder mehrere Lose
 - ☐ nur für alle Lose (alle Lose müssen angeboten werden)

5 Nebenangebote

5.1 ☒ Nebenangebote sind nicht zugelassen, Nr. 5 der Bewerbungsbedingungen EU gilt nicht.

5.2 ☐ Nebenangebote sind zugelassen (siehe auch Nr. 5 der Bewerbungsbedingungen EU), ausgenommen Nebenangebote, die Nachlässe mit Bedingungen beinhalten

- ☐ für die gesamte Leistung
- ☐ nur für nachfolgend genannte Bereiche:
 - ☐ mit Ausnahme nachfolgend genannter Bereiche:
 - ☐ unter folgenden weiteren Bedingungen:
 - ☐ nur in Verbindung mit einem Hauptangebot
 - ☐

6 Angebotswertung

Kriterien für die Wertung der Haupt- und ggf. Nebenangebote

- ☒ Zuschlagskriterium Preis (Nebenangebote nicht zugelassen)
Der Preis wird aus der Wertungssumme des Angebotes ermittelt.
Die Wertungssummen werden ermittelt aus den nachgerechneten Angebotssummen, insbesondere unter Berücksichtigung von Nachlässen, Erstattungsbetrag aus der Lohngleitklausel, Wartungs- und/oder Instandhaltungsangeboten.
- ☐ Mehrere Wertungskriterien gemäß Formblatt Wertungskriterien

7 Angebote können abgegeben werden:

- ☒ schriftlich.
☐ elektronisch mit fortgeschrittener Signatur.
☐ elektronisch mit qualifizierter Signatur.
☐ schriftlich mit Mantelbogenverfahren.

8 Angebotsabgabe

Falls Sie nicht die Absicht haben, ein Angebot abzugeben, werden Sie gebeten, die Vergabestelle baldmöglichst davon zu unterrichten (entfällt bei Offenen Verfahren).

Bei schriftlicher Angebotsabgabe ist das beigelegte Angebotsschreiben zu unterzeichnen und zusammen mit den Anlagen in verschlossenem Umschlag bis zum vorgenannten Eröffnungs-/Einreichungstermin an folgende Anschrift zu senden oder dort abzugeben (maßgeblich ist der fristgerechte Eingang):

- ☒ siehe Briefkopf
☐ Stelle:

Der Umschlag ist außen mit Namen (Firma) und Anschrift des Bieters und der Angabe „Angebot für

| | |
|---------------------------------------|--|
| Maßnahmenummer: | Baumaßnahme: Städtisches Klinikum Braunschweig Klinikum Salzdahlumer Straße – Umbau, Weiterbau, Neubau |
| Vergabenummer: 2017-09-S2-UWN-WDVS | Leistung: VP 27- Fassade: Malerarbeiten + Wärmedämmverbundsystem (WDVS) |

”

zu versehen, ggf. unter Verwendung eines bereit gestellten Kennzettels.

Bei Angebotsabgabe im Mantelbogenverfahren muss der unterschriebene Mantelbogen im verschlossenen Umschlag bis zum vorgenannten Termin an oben bezeichneter Stelle sowie das Angebot zusammen mit den Anlagen bis zum Eröffnungs-/Einreichungstermin über die Vergabeplattform einzureichen. Bei elektronischer Angebotsabgabe ist das Angebot wie vorgegeben digital zu signieren und zusammen mit den Anlagen bis zum Eröffnungs-/Einreichungstermin über die Vergabeplattform bei der Vergabestelle einzureichen.

9 Behörde, an die sich der Bewerber oder Bieter zur Nachprüfung behaupteter Verstöße gegen die Vergabebestimmungen wenden kann:

Vergabekammer (§ 156 GWB, § 21 EU VOB/A):
 Vergabekammer Niedersachsen beim Nds. Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr
 Auf der Hude 2, 21339 Lüneburg , Fax: 04131/15-2943

10 Erklärung gemäß Gesetz zur Sicherung von Tariftreue und Wettbewerb bei der Vergabe öffentlicher Aufträge (Niedersächsisches Tariftreue- und Vergabegesetz –NTVergG) vom 31.Okt. 2013; zuletzt geändert am 15.Dez.2016.

- ☒ Die vorliegende Erklärung zu § 4 Abs. 1 NTVergG ist dem Angebot ausgefüllt beizufügen und wird zu dessen Bestandteil.

Mit freundlichen Grüßen
 i.A.
 Vergabemanagement
 Geschäftsbereich Bau und Technik

Bewerbungsbedingungen für die Vergabe von Bauleistungen **Einheitliche Fassung (April 2014)**

Das Vergabeverfahren erfolgt nach der "Vergabe- und Vertragsordnung für Bauleistungen", Teil A "Allgemeine Bestimmungen für die Vergabe von Bauleistungen" (VOB/A, Abschnitt 2).

1 Mitteilung von Unklarheiten in den Vergabeunterlagen

Enthalten die Vergabeunterlagen nach Auffassung des Bewerbers Unklarheiten, so hat er unverzüglich die Vergabestelle vor Angebotsabgabe in Textform darauf hinzuweisen.

2 Unzulässige Wettbewerbsbeschränkungen

Angebote von Bieter, die sich im Zusammenhang mit diesem Vergabeverfahren an einer unzulässigen Wettbewerbsbeschränkung beteiligen, werden ausgeschlossen.

Zur Bekämpfung von Wettbewerbsbeschränkungen hat der Bieter auf Verlangen Auskünfte darüber zu geben, ob und auf welche Art der Bieter wirtschaftlich und rechtlich mit Unternehmen verbunden ist.

3 Angebot

3.1 Das Angebot ist in deutscher Sprache abzufassen.

3.2 Für das Angebot sind die von der Vergabestelle vorgegebenen Vordrucke zu verwenden. Das Angebot ist an der dafür vorgesehenen Stelle zu unterschreiben bzw. wie vorgegeben zu signieren. Das Angebot ist bis zu dem von der Vergabestelle angegebenen Ablauf der Angebotsfrist einzureichen. Ein nicht form- oder fristgerecht eingereichtes Angebot wird ausgeschlossen.

3.3 Eine selbstgefertigte Abschrift oder Kurzfassung des Leistungsverzeichnisses ist zulässig. Die von der Vergabestelle vorgegebene Langfassung des Leistungsverzeichnisses ist allein verbindlich.

3.4 Unterlagen, die von der Vergabestelle nach Angebotsabgabe verlangt werden, sind zu dem von der Vergabestelle bestimmten Zeitpunkt einzureichen.

3.5 Alle Eintragungen müssen dokumentenecht sein.

3.6 Ein Bieter, der in seinem Angebot die von ihm tatsächlich für einzelne Leistungspositionen geforderten Einheitspreise auf verschiedene Einheitspreise anderer Leistungspositionen verteilt, benennt nicht die von ihm geforderten Preise. Deshalb werden Angebote, bei denen der Bieter die Einheitspreise einzelner Leistungspositionen in „Mischkalkulationen“ auf andere Leistungspositionen umlegt, von der Wertung ausgeschlossen.

3.7 Alle Preise sind in Euro mit höchstens drei Nachkommastellen anzugeben.

Die Preise (Einheitspreise, Pauschalpreise, Verrechnungssätze usw.) sind ohne Umsatzsteuer anzugeben. Der Umsatzsteuerbetrag ist unter Zugrundelegung des geltenden Steuersatzes am Schluss des Angebotes hinzuzufügen.

Es werden nur Preisnachlässe gewertet, die

- ohne Bedingungen als Vorhundertsatz auf die Abrechnungssumme gewährt werden, und
- an der im Angebotsschreiben bezeichneten Stelle aufgeführt sind.

Nicht zu wertende Preisnachlässe bleiben Inhalt des Angebotes und werden im Fall der Auftragerteilung Vertragsinhalt.

4 Unterlagen zum Angebot

Der Bieter hat auf Verlangen der Vergabestelle die Urkalkulation und/oder die von ihr benannten Formblätter mit Angaben zur Preismittlung sowie die Aufgliederung wichtiger Einheitspreise ausgefüllt zu dem von der Vergabestelle bestimmten Zeitpunkt vorzulegen. Dies gilt auch für Nachunternehmerleistungen/ Leistungen von Unterauftragnehmern.

5 Nebenangebote

5.1 Soweit Nebenangebote zugelassen sind, müssen sie die geforderten Mindestanforderungen erfüllen; dies ist mit Angebotsabgabe nachzuweisen.

5.2 Der Bieter hat die in Nebenangeboten enthaltenen Leistungen eindeutig und erschöpfend zu beschreiben; die Gliederung des Leistungsverzeichnisses ist, soweit möglich, beizubehalten.

Nebenangebote müssen alle Leistungen umfassen, die zu einer einwandfreien Ausführung der Bauleistung erforderlich sind.

Soweit der Bieter eine Leistung anbietet, deren Ausführung nicht in Allgemeinen Technischen Vertragsbedingungen oder in den Vergabeunterlagen geregelt ist, hat er im Angebot entsprechende Angaben über Ausführung und Beschaffenheit dieser Leistung zu machen.

- 5.3 Nebenangebote sind, soweit sie Teilleistungen (Positionen) des Leistungsverzeichnisses beeinflussen (ändern, ersetzen, entfallen lassen, zusätzlich erfordern), nach Mengenansätzen und Einzelpreisen aufzugliedern (auch bei Vergütung durch Pauschalsumme).
- 5.4 Nebenangebote, die den Nummern 5.1 bis 5.3 nicht entsprechen, werden von der Wertung ausgeschlossen.

6 Bietergemeinschaften

- 6.1 Die Bietergemeinschaft hat mit ihrem Angebot eine von allen Mitgliedern unterzeichnete Erklärung abzugeben,
- in der die Bildung einer Arbeitsgemeinschaft im Auftragsfall erklärt ist,
 - in der alle Mitglieder aufgeführt sind und der für die Durchführung des Vertrags bevollmächtigte Vertreter bezeichnet ist,
 - dass der bevollmächtigte Vertreter die Mitglieder gegenüber dem Auftraggeber rechtsverbindlich vertritt,
 - dass alle Mitglieder als Gesamtschuldner haften.
- 6.2 Sofern nicht im Offenen Verfahren ausgeschrieben wird, werden Angebote von Bietergemeinschaften, die sich erst nach der Aufforderung zur Angebotsabgabe aus aufgeforderten Unternehmen gebildet haben, nicht zugelassen.

7 Kapazitäten anderer Unternehmen (Unteraufträge, Eignungsnachweise)

Beabsichtigt der Bieter, Teile der Leistung von anderen Unternehmen ausführen zu lassen oder sich bei der Erfüllung eines Auftrages im Hinblick auf die erforderliche wirtschaftliche, finanzielle, technische oder berufliche Leistungsfähigkeit anderer Unternehmen zu bedienen, so muss er die hierfür vorgesehenen Leistungen/Kapazitäten in seinem Angebot benennen. Der Bieter hat auf gesondertes Verlangen der Vergabestelle zu einem von ihr bestimmten Zeitpunkt nachzuweisen, dass ihm die erforderlichen Kapazitäten der anderen Unternehmen zur Verfügung stehen und diese Unternehmen geeignet sind. Er hat den Namen, den gesetzlichen Vertreter sowie die Kontaktdaten dieser Unternehmen anzugeben und entsprechende Verpflichtungserklärungen dieser Unternehmen vorzulegen.

Nimmt der Bieter in Hinblick auf die Kriterien für die wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit im Rahmen einer Eignungsleihe die Kapazitäten anderer Unternehmen in Anspruch, müssen diese gemeinsam für die Auftragsausführung haften; die Haftungserklärung ist gleichzeitig mit der „Verpflichtungserklärung“ abzugeben.

Der Bieter hat andere Unternehmen, bei denen Ausschlussgründe vorliegen oder die das entsprechende Eignungskriterium nicht erfüllen, innerhalb einer von der Vergabestelle gesetzten Frist zu ersetzen.

8 Eignung

8.1 Offenes Verfahren

Präqualifizierte Unternehmen führen den Nachweis der Eignung für die zu vergebende Leistung durch den Eintrag in die Liste des Vereins für die Präqualifikation von Bauunternehmen e.V. (Präqualifikationsverzeichnis) und ggf. ergänzt durch geforderte auftragsspezifische Einzelnachweise. Bei Einsatz von anderen Unternehmen ist auf gesondertes Verlangen nachzuweisen, dass diese präqualifiziert sind oder die Voraussetzung für die Präqualifikation erfüllen, ggf. ergänzt durch geforderte auftragsspezifische Einzelnachweise.

Nicht präqualifizierte Unternehmen haben als vorläufigen Nachweis der Eignung für die zu vergebende Leistung mit dem Angebot

- **Entweder** die ausgefüllte „Eigenerklärung zur Eignung“, ggf. ergänzt durch geforderte auftragsspezifische Einzelnachweise
- **Oder** eine Einheitliche Europäische Eigenerklärung (EEE) vorzulegen.

Bei Einsatz von anderen Unternehmen gemäß Nummer 7 sind auf gesondertes Verlangen die Eigenerklärungen auch für diese abzugeben ggf. ergänzt durch geforderte auftragsspezifische Einzelnachweise. Sind die anderen Unternehmen präqualifiziert, reicht die Angabe der Nummer, unter der diese

in der Liste des Vereins für die Präqualifikation von Bauunternehmen e.V. (Präqualifikationsverzeichnis) geführt werden ggf. ergänzt durch geforderte auftragsspezifische Einzelnachweise.

Gelangt das Angebot in die engere Wahl, sind die Eigenerklärungen (auch die der benannten anderen Unternehmen) auf gesondertes Verlangen durch Vorlage der in der „Eigenerklärung zur Eignung“ bzw. in der EEE genannten Bescheinigungen zuständiger Stellen zu bestätigen. Bescheinigungen, die nicht in deutscher Sprache abgefasst sind, ist eine Übersetzung in die deutsche Sprache beizufügen.

8.2 Nichtoffene Verfahren, Verhandlungsverfahren

Ist der Einsatz von anderen Unternehmen vorgesehen, müssen **präqualifizierte Unternehmen** der engeren Wahl auf gesondertes Verlangen nachweisen, dass die von ihnen vorgesehenen anderen Unternehmen präqualifiziert sind oder die Voraussetzung für die Präqualifizierung erfüllen, ggf. ergänzt durch geforderte auftragsspezifische Einzelnachweise.

Gelangt das Angebot **nicht präqualifizierter Unternehmen** in die engere Wahl, sind auf gesondertes Verlangen die in der „Eigenerklärung zur Eignung“ bzw. der EEE genannten Bescheinigungen zuständiger Stellen vorzulegen. Ist der Einsatz von anderen Unternehmen vorgesehen, müssen die Eigenerklärungen und Bescheinigungen auch für die benannten anderen Unternehmen vorgelegt bzw. die Nummern angegeben werden, unter denen die benannten anderen Unternehmen in der Liste des Vereins für die Präqualifikation von Bauunternehmen e.V. (Präqualifikationsverzeichnis) geführt werden, ggf. ergänzt durch geforderte auftragsspezifische Einzelnachweise. Bescheinigungen, die nicht in deutscher Sprache abgefasst sind, ist eine Übersetzung in die deutsche Sprache beizufügen.

Die Verpflichtung zur Vorlage von Eigenerklärungen und Bescheinigungen entfällt, soweit die Eignung (Bieter und benannte andere Unternehmen) bereits im Teilnahmewettbewerb nachgewiesen ist.

8.3 Nicht präqualifizierte Unternehmen haben auf Verlangen die Unbedenklichkeitsbescheinigung (nicht älter als ein Jahr) des Sozialversicherungsträgers nach § 8 NTVergG vorzulegen.

| | |
|---------------|---------------------|
| Vergabenummer | 2017-09-S2-UWN-WDVS |
|---------------|---------------------|

Baumaßnahme

**Städtisches Klinikum Braunschweig
Klinikum Salzdahlumer Straße – Umbau, Weiterbau, Neubau**

Leistung

VP 27- Fassade: Malerarbeiten + Wärmedämmverbundsystem (WDVS)**BESONDERE VERTRAGSBEDINGUNGEN****1 Ausführungsfristen (§ 5 VOB/B)****1.1 Fristen für Beginn und Vollendung der Leistung (=Ausführungsfristen):**

Mit der Ausführung ist zu beginnen

- ☒ am **30.April 2018**
- ☐ spätestens 18 Werktage nach Zugang des Auftragsschreibens.
in der KW , spätestens am letzten Werktag dieser KW.
- ☐ innerhalb von 12 Werktagen nach Zugang der Aufforderung durch den Auftraggeber (§ 5 Abs. 2 Satz 2 VOB/B); die Aufforderung wird Ihnen voraussichtlich bis zum
 zugehen.
- ☐ nach der im beigefügten Bauzeitenplan ausgewiesenen Frist für den Ausführungsbeginn.

Die Leistung ist zu vollenden (abnahmereif fertig zu stellen)

- ☒ am **14.09.2018**
- ☐ innerhalb von Werktagen nach vorstehend angekreuzter Frist für den Ausführungs- be-
 ginn.
- ☐ in der KW , spätestens am letzten Werktag dieser KW.
- ☐ in der im beigefügten Bauzeitenplan ausgewiesenen Fertigstellungsfrist.

1.2 Verbindliche Fristen (=Vertragsfristen) gemäß § 5 Abs. 1 VOB/B sind:

- ☒ vorstehende Frist für den Ausführungsbeginn
- ☒ vorstehende Frist für die Vollendung (abnahmereife Fertigstellung) der Leistung
- ☐ folgende Einzelfristen
 - ☐ aus dem beigefügten Bauzeitenplan werden ausdrücklich als Vertragsfristen vereinbart (§ 5 Abs. 1 Satz 2 VOB/B)
 - ☐ ohne Bauzeitenplan werden ausdrücklich als Vertragsfristen vereinbart:

2 Vertragsstrafen (§ 11 VOB/B)

Der Auftragnehmer hat als Vertragsstrafe für jeden Werktag des Verzugs zu zahlen:

- 2.1** ☐ bei Überschreitung der Ausführungsfrist
 - ☐ v.H. der Netto-Auftragssumme

- 2.2 ☐ bei Überschreitung von Einzelfristen
v.H. der Netto-Auftragssumme
- 2.3 Die Vertragsstrafe wird auf insgesamt **5** v.H. der Netto-Auftragssumme begrenzt.
- 2.4 Verwirkte Vertragsstrafen wegen Verzuges mit der Frist für den Ausführungsbeginn oder wegen schuldhafter Versäumung verbindlicher Zwischentermine (Einzelfristen als Vertragsfristen) werden auf eine wegen Verzuges mit der Frist für die Vollendung der Leistung verwirkte Vertragsstrafe angerechnet. Insgesamt gilt die Begrenzung auf **5** v.H. der Netto-Auftragssumme.
- 2.5 Sofern der Auftragnehmer schuldhaft gegen eine sich aus den Tariftreue- und Mindestentgelterklärungen nach § 4 Abs. 1 und Abs. 2 bzw. § 5 Abs. 1 NTVergG ergebenden Verpflichtungen verstößt, hat er für jeden Fall des Verstoßes eine Vertragsstrafe in Höhe von 1 % der Netto-Auftragssumme zu zahlen. Im Falle mehrerer Verstöße ist die Vertragsstrafe auf maximal 5 % der Netto-Auftragssumme begrenzt. Begeht einer seiner Nachunternehmer oder ein Verleiher, von dem der Auftragnehmer zur Ausführung seiner Leistungen aus diesem Vertrag Arbeitnehmer entliehen hat, einen solchen Verstoß, hat der Auftragnehmer dieselbe(n) Vertragsstrafe(n) zu zahlen, sofern er den Verstoß des Nachunternehmers / Verleihers kannte oder kennen musste (§ 15 Abs. 1 NTVergG)
- 2.5 Insgesamt sind sämtliche Vertragsstrafen aus diesem Vertrag, gleich aus welchem Grund der Auftragnehmer sie verwirkt, auf **5** v.H. der Netto-Auftragssumme begrenzt. Die Geltendmachung eines darüber hinausgehenden Schadens ist dem Auftraggeber vorbehalten.

3 Rechnungen (§14 VOB/B)

- 3.1 Alle Rechnungen sind beim Auftraggeber
1 -fach und zugleich
bei ---
2 -fach einzureichen.
- 3.2 Die notwendigen Rechnungsunterlagen (z. B. Mengenberechnungen, Abrechnungszeichnungen, Handskizzen) sind
1 -fach einzureichen.

4 Zahlung (§ 16 VOB/B)

Die Frist für die Schlusszahlung gem. § 16 Abs. 3 Nr. 1 VOB/B und den Eintritt des Verzuges gem. § 16 Abs. 5 Nr. 3 VOB/B wird verlängert auf - Tage.

5 Sicherheitsleistung (§ 17 VOB/B)

- 5.1 Stellung der Sicherheit
- ☒ Sicherheit für die Vertragserfüllung ist in Höhe von
5 v.H. der Auftragssumme zu leisten, sofern die Auftragssumme mindestens 250.000 Euro ohne Umsatzsteuer beträgt.
- ☒ Die für Mängelansprüche zu leistende Sicherheit beträgt **3** v.H. der Auftragssumme einschließlich erteilter Nachträge.

Rückgabezeitpunkt für eine nicht verwertete Sicherheit für Mängelansprüche (§ 17 Abs. 8 Nr. 2 VOB/B):

Rückgabe der Mängelanspruchsbürgschaft nach Ablauf der Gewährleistung .

Stellt der Auftragnehmer die Sicherheit für die Vertragserfüllung binnen 18 Werktagen nach Vertragsabschluss (Zugang des Auftragsschreibens) weder durch Hinterlegung noch durch Vorlage einer Bürgschaft, so ist der Auftraggeber berechtigt, Abschlagszahlungen einzubehalten, bis der Sicherheitsbetrag erreicht ist.

Eine nicht verwertete Sicherheit für die Vertragserfüllung ist nach Abnahme und Stellung der Sicherheit für Mängelansprüche zurückzugeben. Sind zu diesem Zeitpunkt Ansprüche des Auftraggebers, die nicht von der gestellten Sicherheit für Mängelansprüche umfasst sind, noch nicht erfüllt, darf er für diese Vertragserfüllungsansprüche einen entsprechenden Teil der Sicherheit zurückhalten (§ 17 Abs. 8 Nr. 1 VOB/B); in diesem Fall umfasst der zurückbehaltene Teil der Vertragserfüllungssicherheit nur nicht durch die bereits vorgelegte Mängelanspruchssicherheit abgedeckte Ansprüche.

5.2 Art der Sicherheit

Für die Vertragserfüllung und die Mängelansprüche kann Sicherheit wahlweise durch Einbehalt oder Hinterlegung von Geld oder durch Bürgschaft geleistet werden.

Der Auftragnehmer kann die einmal von ihm gewählte Sicherheit durch eine andere der vorgenannten Sicherheiten austauschen.

Für vereinbarte Abschlagszahlungen (§ 16 Abs. 1 Nr. 1 Satz 3 VOB/B) und für vereinbarte Vorauszahlungen ist Sicherheit durch Bürgschaft zu leisten.

5.3 Sicherheitsleistung durch Bürgschaft

Wird Sicherheit durch Bürgschaft geleistet, ist dafür das jeweilige Formblatt zu verwenden, und zwar für

- | | |
|---|-----------|
| - die Vertragserfüllung das Formblatt | SKBS 421, |
| - die Mängelansprüche das Formblatt | SKBS 422, |
| - vereinbarte Vorauszahlungen und Abschlagszahlungen gem. § 16 Abs. 1 Nr. 1 Satz 3 VOB/B das Formblatt | 423. |

Die Bürgschaft ist von einem

- in den Europäischen Gemeinschaften oder
- in einem Staat der Vertragsparteien des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum oder
- in einem Staat der Vertragsparteien des WTO-Abkommens über das öffentliche Beschaffungswesen

zugelassenen Kreditinstitut bzw. Kredit- oder Kautionsversicherer zu stellen.

Die Bürgschaftsurkunden enthalten folgende Erklärung des Bürgen:

- "Der Bürge übernimmt für den Auftragnehmer die selbstschuldnerische Bürgschaft nach deutschem Recht.
- Auf die Einreden der Anfechtbarkeit sowie der Vorklage gemäß §§ 770, 771 BGB wird verzichtet.
- Die Bürgschaft ist unbefristet; sie erlischt mit der Rückgabe dieser Bürgschaftsurkunde.
- Die Bürgschaftsforderung verjährt nicht vor der gesicherten Hauptforderung. Nach Abschluss des Bürgschaftsvertrages getroffene Vereinbarungen über die Verjährung der Hauptforderung zwischen dem Auftraggeber und dem Auftragnehmer sind für den Bürgen nur im Falle seiner schriftlichen Zustimmung bindend.
- Gerichtsstand ist der Sitz der zur Prozessvertretung des Auftraggebers zuständigen Stelle."

Die Bürgschaft ist über den Gesamtbetrag der Sicherheit in nur e i n e r Urkunde zu stellen.

Die Urkunde über die Abschlagszahlungsbürgschaft wird zurückgegeben, wenn die Stoffe und Bauteile, für die Sicherheit geleistet worden ist, eingebaut sind.

Die Urkunde über die Vorauszahlungsbürgschaft wird zurückgegeben, wenn die Vorauszahlung auf fällige Zahlungen angerechnet worden ist.

6 Soweit im Leistungsverzeichnis auf Technische Spezifikationen (z.B. nationale Normen, mit denen europäische Normen umgesetzt werden, europäische technische Zulassungen, gemeinsame technische Spezifikationen, internationale Normen) Bezug genommen wird, werden auch ohne den ausdrücklichen Zusatz: "oder gleichwertig", immer gleichwertige Technische Spezifikationen in Bezug genommen. Hat der Bieter im Leistungsverzeichnis geforderte Fabrikatsangaben nicht ausgefüllt, gilt das Richtfabrikat / -produkt als vereinbart.

7 - 9 - frei -

10 Weitere Besondere Vertragsbedingungen

Die Bedingungen sind zu nummerieren; als Abschluss ist zu schreiben: "Ende der Weiteren Besonderen Vertragsbedingungen".

10.1 Steuerabzug bei Bauleistungen

Der Auftragnehmer verpflichtet sich, jede vom zuständigen Finanzamt vorgenommene Änderung in Bezug auf eine vorgelegte Freistellungsbescheinigung (§ 48b EStG) dem Auftraggeber unverzüglich schriftlich mitzuteilen.

10.2 Baufristenplan

Der Auftragnehmer hat einen Baufristenplan als Balkenplan über seine vertraglichen Leistungen zu erstellen, der Angaben über Arbeitskräfte- und Geräteeinsatz sowie den damit zu erzielenden Leistungsumfang ausweist und anhand dessen die Einhaltung der Vertragsfristen nachgewiesen und überwacht werden kann.

Die Vertragsfristen ergeben sich aus den Besonderen Vertragsbedingungen.

Die Festlegungen des Auftraggebers, z.B. zur fachlichen oder terminlichen Koordinierung mit den übrigen Leistungsbereichen, sind zu berücksichtigen. Bei Änderungen der Vertragsfristen oder bei erheblichen Abweichungen von sonstigen Festlegungen ist der Plan durch den Auftragnehmer unverzüglich zu überarbeiten. Der Plan ist dem Auftraggeber 15 Werktage nach Auftragserteilung, bei Überarbeitungen unverzüglich jeweils in 3 Ausfertigungen zu übergeben.

10.3 Einrichtung von Unterkünften

Unterkünfte wie Schlafräume und Aufenthaltsräume für die Freizeit dürfen in der Liegenschaft, in der sich die Baustelle befindet, nicht eingerichtet werden.

10.4 Baustellenbesprechungen

Der Auftragnehmer hat zu den Baustellenbesprechungen, die der Auftraggeber regelmäßig durchführt, einen geeigneten bevollmächtigten Vertreter zu entsenden.

Die Besprechungen finden jeweils N.N. um Uhr statt.

10.5 Genehmigung nach dem Luftverkehrsgesetz

Der Auftragnehmer hat rechtzeitig vor der Aufstellung von Baukränen und sonstigen Geräten und vor der Errichtung von Anlagen für die Baustelleneinrichtung innerhalb des Bauschutzbereiches des Flugplatzes

☒ *Hubschrauberlandeplatz im Klinikum Salzdahlumer Str.90*

☐ *Hubschrauberlandeplatz im Klinikum Holwedestraße*

einen Antrag zur Errichtung einer Baustelle mit Luftfahrthindernissen zu stellen.

Die Antragsunterlagen sind anzufordern und einzureichen bei

Städtisches Klinikum Braunschweig gGmbH, Geschäftsbereich Bau und Technik

10.6 Stundenlohnarbeiten

Sind in einem Leistungsvertrag Stundenlohnarbeiten vorgesehen, so ist die dafür angegebene Zahl von Stunden unverbindlich; § 2 Abs. 3 VOB/B gilt nicht. Beahlt werden nur die auf Anordnung des Auftraggebers tatsächlich geleisteten und nachgewiesenen Stunden.

Die Kosten für Ingenieure, Meister, Poliere, Vorarbeiter und bauleitende Monteure die aufgrund der auszuführenden Arbeiten zur Überwachung der Stundenlohnarbeiten eingesetzt werden, sind in die Einheitspreise der im Leistungsverzeichnis aufgeführten Stundenlohnarbeiten einzukalkulieren.

Der Auftragnehmer hat bei seiner Kalkulation davon auszugehen, dass sämtliche Stundenlohnarbeiten in geeigneter Weise zu überwachen sind.

Zur Anordnung von Stundenlohnarbeiten sind neben dem Städtischen Klinikum Braunschweig (Auftraggeber) nur die mit der Objekt-/ Bauüberwachung beauftragten Architekten und Ingenieure der/ des N.N. berechtigt.

Mit der Ausführung der im Leistungsverzeichnis vorgesehenen Stundenlohnarbeiten ist erst nach schriftlicher Anordnung des Auftraggebers oder des benannten Vertreters zu beginnen. Der Umfang der im Einzelfall zu erbringenden Leistungen wird bei der Anordnung festgelegt.

Die Stundenlohnzettel sind ☒ werktäglich oder ☐ wöchentlich einzureichen. Wegen der erforderlichen Mindestangaben gilt Nr. 14 ZVB.

10.7 Örtliche Bauleitung

Die Objekt-/ Bauüberwachung obliegt - **N.N.** -

Die Sicherheits- und Gesundheitsschutzkoordination (SIGEKO) gem. Baustellenverordnung obliegt -**N.N.**-

Anordnungen Dritter, ausgenommen die des zuständigen Vertreters des Auftraggebers, dürfen nicht befolgt werden.

10.8 Ausführungsunterlagen

Der Ausführung dürfen nur Unterlagen zugrunde gelegt werden, die vom Auftraggeber ausdrücklich als zur Ausführung bestimmt gekennzeichnet sind; über Art und Umfang dieser Unterlagen ist Einvernehmen herzustellen.

Die Verantwortung und Haftung des Auftragnehmers nach dem Vertrag, insbesondere nach § 3 Nr. 3 Satz 2 und § 4 Nr. 2 und 3 sowie § 13 VOB/B, werden durch Absatz 1 nicht eingeschränkt.

Der Auftragnehmer hat die vom Auftraggeber angegebenen Mengen auf der Grundlage der Ausführungsunterlagen vor der Materialbestellung zu überprüfen. Fehlbestellungen gehen zu Lasten des Auftragnehmers.

Dem Auftragnehmer werden von den vorhandenen Ausführungs- und anderen Zeichnungen - soweit diese benötigt werden – jeweils **2** Satz kostenlos zur Verfügung gestellt. Weitere angeforderte Ausfertigungen werden zu den üblichen Vervielfältigungskosten berechnet.

Auf Anforderung des Auftragnehmers können die Unterlagen als Datensatz zur Verfügung gestellt übergeben werden.

Alle weiteren darüber hinausgehenden, zur Erbringung der Leistung des Auftragnehmers erforderlichen Konstruktions- und Verlegepläne sind Sache des Auftragnehmers. Sie sind - soweit dafür keine besondere Position vorgesehen ist - bei der Preisbildung mit einzukalkulieren. Das gleiche gilt für Abrechnungszeichnungen. Grundlage der von Seiten des Auftragnehmers zu erstellenden Unterlagen sind die Ausführungs- und anderen Zeichnungen sowie die Angaben des Architekten/ Ingenieurs bzw. der Bauleitung.

Die vom Auftragnehmer zu erstellenden Zeichnungen sind vor Baubeginn dem Architekten/Ingenieur bzw. der Bauleitung zur Einsichtnahme bzw. Testat vorzulegen.

Die vom Auftragnehmer zu liefernden Planunterlagen werden im Leistungsverzeichnis beschrieben.

10.9 Veröffentlichungen

Veröffentlichungen über die Bauleistung sind nur mit vorheriger schriftlicher Zustimmung des Auftraggebers zulässig.

10.10 Bautagesberichte

Der Auftragnehmer ist verpflichtet, Bautagesberichte zu führen und davon dem Auftraggeber wöchentlich eine Durchschrift zu übergeben. Die Bautagesberichte müssen die Angaben enthalten, die für die Ausführung oder Abrechnung des Vertrages von Bedeutung sein können, z. B. über Wetter, Temperaturen, Zahl und Art der auf der Baustelle beschäftigten Arbeitskräfte, Zahl und Art der eingesetzten Großgeräte, den wesentlichen Baufortschritt (Beginn und Ende von Leistungen größeren Umfanges, Betonierungszeiten oder dergleichen), bestimmte Arten der Ausführung oder Abrechnung, besondere Abnahmen nach § 12 Nr. 2, Unterbrechung der Ausführung einschließlich kürzerer Unterbrechungen der Arbeitszeit mit Angabe der Gründe, Unfälle, Behinderung und sonstige Vorkommnisse.

10.11 Sprache, Vertretung des Auftragnehmers, Arbeitskräfteeinsatz

Alle schriftlichen Äußerungen des Auftragnehmers müssen in deutscher Sprache abgefasst sein. Fremdsprachliche schriftliche Äußerungen Dritter (z. B. Bescheinigungen, sonstige Unterlagen von Behörden und Privaten) sind mit deutscher Übersetzung einzureichen. Die Übersetzung behördlicher Bescheinigungen muss vom Konsulat beglaubigt sein.

Der Auftragnehmer hat dafür zu sorgen, dass während der Arbeit auf der Baustelle ständig eine Person anwesend ist, die es ermöglicht, in deutscher Sprache zu verhandeln. Kommt der Auftragnehmer dieser Verpflichtung trotz Mahnung durch den Auftraggeber nicht nach, so ist der Auftraggeber berechtigt, einen Dolmetscher auf Kosten des Auftragnehmers heranzuziehen.

Der Auftragnehmer hat eine auf der Baustelle anwesende geeignete Fachkraft zu benennen, die zur Entgegennahme von Anweisungen berechtigt und zur Durchsetzung der Anweisungen bevollmächtigt ist. Im Verhinderungsfalle ist ein Stellvertreter zu benennen.

10.12 **Baustelleneinrichtung, Anschlüsse, Straßen-, Wege-, Lagerplatzbenutzung, Mitnutzung fremder od. bauseitiger Gerüste, Hebezeuge, Bauaufzüge und Einrichtungen, Verkehrssicherung und Haftung**

Vor Beginn der Baustelleneinrichtung hat der Auftragnehmer auf Verlangen des Auftraggebers einen Baustelleneinrichtungsplan vorzulegen.

Straßen, Wege, Lager- und Arbeitsplätze innerhalb des Baugeländes werden in bestehendem Zustand zur Verfügung gestellt. Sie können vom Auftragnehmer nur auf eigene Gefahr benutzt werden. Soweit im Bauwerk und auf dem Gelände zusätzliche Flächen oder vorhandene Räume als Lager-, Arbeitsplätze kostenlos zur Verfügung gestellt werden, kann vom Auftraggeber jederzeit die Räumung zu Lasten des Auftragnehmers verlangt werden.

Vor Baubeginn hat sich der Auftragnehmer über die Lage der vorhandenen Haupt und Anschlussleitungen (z.B. Telefon, Elektrizität, Gas, Wasser und Abwasser) bei den zuständigen Leitungsverwaltungen zu unterrichten.

Treten bei der Benutzung bauseitig zur Verfügung gestellter Anlagen oder Grundstücke an diesen Schäden oder Verschmutzungen durch Verschulden des Auftragnehmers ein, so ist der Auftragnehmer dem Auftraggeber dafür schadenersatzpflichtig.

Bei Inanspruchnahme öffentlicher Straßenflächen sind die Vorschriften der Straßenverkehrsordnung zu beachten. Der Auftragnehmer hat eigenverantwortlich alle sich daraus ergebenden Maßnahmen zu treffen und die Kosten zu tragen. Er hat die zur Sicherung der Baustelle erforderlichen Maßnahmen (insbesondere Kennzeichnung, Absperrung, Beleuchtung) eigenverantwortlich und auf eigene Kosten zu treffen; sie bedürfen der vorherigen Zustimmung des Tiefbauamtes als Straßenverkehrsbehörde. Soweit erforderlich, sind dort Verkehrszeichenpläne in dreifacher Ausfertigung zur Genehmigung einzureichen.

Den Anordnungen der berechtigten Personen über die Verkehrssicherung der Baustelle ist unabhängig von § 10 Nr. 2 VOB zu folgen

Die Inanspruchnahme privater Flächen und Flächen Dritter und die daraus ggf. resultierenden Auflagen/Verkehrssicherungspflichten und Kosten sind Sache des Auftragnehmers.

Der Auftragnehmer haftet für sämtliche aus der Unterlassung von Verkehrssicherungsmaßnahmen erwachsenden Schäden und stellt den Auftraggeber von allen gegen diesen etwa erhobenen Ansprüchen frei. Den Auftraggeber trifft im Verhältnis zu dem Auftragnehmer keine eigene Sicherungspflicht, und zwar unbeschadet der im Übrigen vorbehaltenen Bauleitung.

Die Mitbenutzung vorhandener Gerüste und Einrichtungen anderer Unternehmer ist vom Auftragnehmer mit diesen zu vereinbaren, soweit diese in der Leistungsbeschreibung nicht anders geregelt ist.

Aller Schutt, der bei den Arbeiten und Stundenlohnarbeiten des Auftragnehmers anfällt, ist in regelmäßigen Abständen nach Erfordernis oder Anweisung der Bauleitung aus dem Gebäude, bei Containerstellung durch den Auftraggeber in die bauseitigen Schuttcontainer zu transportieren, nach Materialien getrennt sortiert oder bei Kleinmengen von der Baustelle zu entfernen und abzufahren. Bei Zuwiderhandlung ist die Bauleitung berechtigt, diese Arbeiten auf Kosten des Auftragnehmers von einem anderen Unternehmen ausführen zu lassen (sh. auch Nr. 10.14).

Das Beseitigen von Verunreinigungen, Verschmutzungen und Verpackungsmaterial aus der eigenen Arbeitsausführung ist Nebenleistung und wird nicht gesondert vergütet. Eingeschlossen sind auch Materialien aus der eigenen Lieferungen Dritter (Spedition, Post usw.) an den Auftragnehmer. Das Beseitigen ist von der ausführenden Firma unaufgefordert und umgehend zu erledigen. Erfolgt dies nicht, nach Aufforderung der Bauleitung, ist diese berechtigt nach Ablauf von 3 Werktagen eine Fremdfirma mit der Beseitigung zu beauftragen, auf Kosten der ausführenden Firma.

10.13 **Kosten für Wasser und Energie**

Vom Auftraggeber werden zentral im Baustellenbereich Anschlüsse für Bauwasser und Strom hergestellt.

Die Kosten der Herstellung und des Abbaus der eigenen Anschlüsse zur Weiterverteilung an die Arbeitsstellen (Unterverteilungen, Zwischenzähler, Wasseruhren usw.), der Vor und Unterhaltung für die Dauer der Ausführung der Leistungen trägt der Auftragnehmer; sie sind von ihm in die Einheitspreise einzurechnen.

Die Kosten des Verbrauchs trägt der Auftraggeber. Dies ist in der Kalkulation zu berücksichtigen.

10.14 **Entsorgung von Verpackungsmüll, Bauschutt u.ä., Baustellenräumung**

Die Entsorgung erfolgt gemäß der Regelung zur Baustellenentsorgung im SKBS, in der jeweils gültigen Fassung, die Vertragsbestandteil ist.

Die Kosten für die Gestellung der Container und die Entsorgung trägt grundsätzlich der Auftraggeber, Ausgenommen hiervon sind die Kleinmengen gemäß Anlage 3 (Handwerkerregelung) der Regelung

zur Baustellenentsorgung sowie der VOB Teil C.

Die Baustelle ist so bald wie möglich zu räumen. Befolgt der Auftragnehmer eine dahingehende Aufforderung nicht - innerhalb angemessener Frist, so kann der Auftraggeber die Baustelle auf Kosten des Auftragnehmers räumen lassen.

Vom Auftraggeber zur Verfügung gestellte Lagerplätze, Arbeitsplätze und Zufahrtswege sind bei der Räumung im früheren Zustand zurückzugeben, soweit in der Leistungsbeschreibung nichts anderes geregelt ist.

10.15 Ausführung

Die Allgemeinen Grundsätze für Auftragnehmerleistungen im Bereich Bau und Technik sind Vertragsbestandteil und in der Ausführung der Leistungen zu beachten.

10.15.1 Arbeits- und Ruhezeiten

Es ist zu kalkulieren, dass die effektive Arbeitswoche von Montag bis Samstag geht.

Regelarbeitszeit:

Montag bis Freitag: von 07:00 bis 20:00 Uhr (Mittagspause von 12:00 bis 14:00 Uhr)

Samstag: von 07:00 bis 15:00 Uhr

Da das Baufeld unmittelbar an genutzte OP-Bereiche und Bettenhäuser angrenzt, sind alle erschütterungsverursachenden, lärmintensiven und schwingungsübertragenden Arbeiten vorher im einzelnen abzustimmen und vom AG genehmigen zu lassen. Über die o.g Zeiten hinaus können weitere Ruhezeiten erforderlich werden, was nach Auftragserteilung einvernehmlich abgestimmt wird. Kosten, die sich aus der Einhaltung dieser Ruhezeiten und aus zusätzlichen Aufwendungen für Abstimmungen, Logistik etc. ergeben, sind in die EP einzurechnen.

Bei der Auswahl der zum Einsatz kommenden Geräte ist diesem Sachverhalt unbedingt Rechnung zu tragen.

Bei Nichtnutzung von Fahrzeugen und Maschinen sind diese abzuschalten, um unnötige Störungen bzw. Lärmbelästigungen vor Ort zu vermeiden.

Zusätzlich sind folgende Maßnahmen zur Lärmbekämpfung bei der Kalkulation zu berücksichtigen:

- Überwiegende Verwendung von Geräten mit geringen Schallpegeln
- Einsatz von Sprechfunkgeräten
- Geräte / Maschinen sind bei Nichtgebrauch grundsätzlich abzuschalten
- Bündelung von Arbeiten mit höherem Geräuschpegel in mit dem Klinikum abgestimmten Zeiten
- Verwendung von Hilfskonstruktionen und Stützgerüsten zur Reduzierung der Fallhöhe bzw. zum Zwischenabsetzen von Bauteilen.

Aufwendungen für Arbeitsunterbrechungen etc. bei Ausführung von nicht abgestimmten bzw. freigegebenen Leistungen gehen zu Lasten des AN.

10.16 Verjährungsfrist für Mängelansprüche

Die Verjährungsfrist für Mängelansprüche beträgt einheitlich **5 Jahre**. Die Verjährungsfrist der Mängelansprüche für Mängelbeseitigungsleistungen endet nicht vor Ablauf der für die Vertragsleistung vereinbarten Verjährungsfrist.

Für nachfolgend aufgelistete Bauleistungen werden folgende abweichende Verjährungsfristen vereinbart; (z.B. Abdichtungen oder gebäudetechnische Leistungen).

Beschreibung der Leistung

| | | | | | |
|---|---|--------------------------|---------------------|-------------------------------------|----------------------|
| <input checked="" type="checkbox"/> für | Verjährungsfrist 5 Jahre für alle Leistungen. | <input type="checkbox"/> | mit Wartungsvertrag | <input checked="" type="checkbox"/> | ohne Wartungsvertrag |
| <input type="checkbox"/> für | Verjährungsfrist 2 Jahre | <input type="checkbox"/> | mit Wartungsvertrag | <input type="checkbox"/> | ohne Wartungsvertrag |
| <input type="checkbox"/> für | Verjährungsfrist Jahre | <input type="checkbox"/> | mit Wartungsvertrag | <input type="checkbox"/> | ohne Wartungsvertrag |

Verlängerte Gewährleistung (z.B. in begründeten Sonderfällen)

☐ Jahre

☐ Jahre

☐ Jahre

10.17 Rechnungen, Abrechnungszeichnungen, Feststellung von Leistungen/ Aufmaßen

Alle Rechnungen einschl. der geforderten Durchschriften (gekennzeichnet als 1., 2., 3., 4. Ausfertigung) müssen nachstehende Angaben enthalten; Briefkopf des Auftragnehmers mit Bankverbindung, Rechnungsdatum, Anschrift des Auftraggebers, Objektbezeichnung nach Bauvorhaben und Ort ggf. nach Teilbereich, Art der Arbeiten/Leistungen, Angebotsdatum (Angebot vom.....) Auftragsdatum (Auftrag vom.....), Haushaltsstelle und Auftragsnummer des Auftraggebers, ggf. Datum des Nachtragsangebotes (Nachtragsangebot vom.....), Nachtragsauftragsdatum (Nachtragsauftrag vom.....).

Soweit in der Leistungsbeschreibung aufgeführt, ist zu berücksichtigen, dass sämtliche Abrechnungen einschl. Abrechnungsunterlagen getrennt nach der Anzahl der Bauausgabebücher aufgestellt werden müssen. Der dafür erforderliche Mehraufwand ist in die Angebotspreise einzurechnen. Der Umfang der den einzelnen Bauausgabebücher zuzuordnenden Arbeiten wird dem Auftragnehmer rechtzeitig bekannt gegeben.

Werden aufgrund eines Vertrages mehrere Rechnungen eingereicht, so sind sie nach ihrem Zweck zu bezeichnen (z. B. Abschlagsrechnung, Schlussrechnung, Stundenlohnrechnung); die Abschlagsrechnungen sind fortlaufend zu nummerieren.

Liegt dem Vertrag ein Leistungsverzeichnis zugrunde, so sind in allen Rechnungen die Bezeichnungen der Teilleistungen und die Nummern der Ordnungszahlen (Positionen) des Leistungsverzeichnisses anzugeben.

Die Bezeichnungen dürfen abgekürzt wiedergegeben werden, wenn die Ausführung nicht von der Leistungsbeschreibung abweicht.

Aus Abrechnungszeichnungen oder anderen Aufmassunterlagen, die als solche zu kennzeichnen sind, müssen alle Maße, die zur Prüfung der Rechnung nötig sind, unmittelbar zu ersehen sein.

In jeder Abschlagsrechnung sind Umfang und Wert aller bisherigen Leistungen einzeln und in laufender Nummernfolge anzugeben. Die bereits erhaltenen Abschlagszahlungen sind in zeitlicher Reihenfolge einzeln aufzuführen und vom Endbetrag abzusetzen. Die Abschlagsrechnungen sind mit den Vertragspreisen (Einheitspreise, Pauschalpreise, Verrechnungssätze, Stundenlohnzuschläge) mit gesondert ausgewiesener Umsatzsteuer (Mehrwertsteuer) aufzustellen. Die Abschlagsrechnung ist, berechnet auf die Nettosumme einschl. Umsatzsteuer, auf volle Hundert Euro abzurunden.

Die Schlussrechnung ist erst nach erfolgter förmlicher Abnahme einschl. der Übergabe der Bestandsunterlagen einzureichen. In der Schlussrechnung müssen die Teilleistungen nach den Ordnungszahlen (Positionen) des Leistungsverzeichnisses und die Abschlagszahlungen stets einzeln aufgeführt werden. Schlussrechnungen sind mit den Vertragspreisen (Einheitspreise, Pauschalpreise, Verrechnungssätze, Stundenlohnzuschläge) ohne Umsatzsteuer (Nettopreis) aufzustellen; der Betrag an Umsatzsteuer für die gesamte vertragliche Leistung des Auftragnehmers ist unter Zugrundelegung des zum Zeitpunkt des Entstehens der Steuerschuld geltenden Steuersatzes am Schluss hinzuzusetzen unter Abzug der bereits erstatteten Umsatzsteuerbeträge.

Ist der Steuersatz in der Zeit zwischen Angebotsabgabe und Entstehen der Steuerschuld durch Gesetz geändert worden und sind in diesem Zusammenhang durch die Änderung anderer Steuern Minderbelastungen eingetreten, so sind diese bei der Berechnung des Umsatzsteuerbetrages zu berücksichtigen.

Wird aus Anlass der Änderung des Umsatzsteuergesetzes eine gesetzliche Regelung für die Abwicklung bestehender Verträge getroffen, so tritt an Stelle dieser vertraglichen Regelung die gesetzliche Regelung.

Wenn sich bei der Prüfung der Schlussrechnung deren Unzulänglichkeit herausstellt, so beginnt die

Frist für die Schlusszahlung mit der Einreichung der für eine Prüfling und Feststellung geeigneten Schlussabrechnung von neuem.

Auf Forderungen aus Nachtragsangeboten, die zum Zeitpunkt der Rechnungslegung noch der Preisprüfstelle der Aufsichtsbehörde vorliegen, wird eine Abschlagszahlung in Höhe der unbestrittenen Forderung gewährt.

Über Stundenlohnarbeiten hat der Auftragnehmer Stundenlohnzettel in 2facher Ausfertigung der Bauleitung einzureichen.

Stellt sich später heraus, dass Stundenlohnarbeiten nach den Leistungspositionen des Leistungsverzeichnisses abzurechnen oder Nebenleistungen nach VOB sind, so erfolgt keine Vergütung als Stundenlohnarbeit.

Die Rechnungen über Stundenlohnarbeiten sind getrennt von den Rechnungen über die sonstigen Leistungen aufzustellen und müssen folgende Angaben, gegliedert nach den einzelnen Stundenzetteln, enthalten:

Ausführungsdatum, Beschreibung der Leistungen (Kurzform); Anzahl der geleisteten Stunden, aufgliedert nach Berufsgruppen und Auszubildende (mit Namensangabe); Materialverbrauch nach Gewicht, Menge, Länge, Fläche, Rauminhalt; Geräteeinsatz unter Angabe der Einsatzstunden und des Gerätetypes.

Bei Stundenlohnarbeiten sind, soweit nicht vertraglich vereinbarte Stundenlohnsätze zugrunde liegen, zusätzlich zu den in § 15 getroffenen Regelungen Angaben zu machen über die Aufschlüsselung der Stundenlohnsätze nach Tariflohn und Einzelzuschlägen.

Der Auftragnehmer ist auf Verlangen des Auftraggebers verpflichtet, die tatsächlichen Lohnkosten an Hand der Lohnlisten nachzuweisen, soweit nicht Stundenverrechnungssätze vereinbart worden sind.

Unterlässt der Auftragnehmer den rechtzeitigen Antrag auf Feststellung von Leistungen, deren Ausmaß später nicht geprüft werden kann, so gelten die nach bestem Wissen und Gewissen getroffenen Festsetzungen des Auftraggebers, es sei denn, der Auftragnehmer weist diese Unrichtigkeit nach.

Rechnungsstellung bei gemischt finanzierten Leistungen

Die Rechnungen und die notwendigen Rechnungsunterlagen sind getrennt nach --- einzureichen.

10.18 Vorauszahlungen

☒ Vorauszahlungen werden ausgeschlossen

☐ Vorauszahlung ist vorgesehen:

in Höhe von EURO (in Worten)

in Höhe von (in Worten) von Hundert der Auftragssumme (%)

Nach erfolgter Auftragserteilung hat der Auftragnehmer eine schriftliche Anforderung des Geldbetrages in der vorgesehenen Höhe der Vorauszahlungen beim Auftraggeber gleichzeitig mit der nachfolgend beschriebenen Bürgschaftsurkunde einzureichen (sh. auch Nr. 5.3).

Die Bürgschaft muss nach dem Formblattmuster Nr. 423 des Vergabehandbuches für die Durchführung von Bauaufgaben des Bundes von einem in der Bundesrepublik Deutschland zugelassenen Kreditinstitut oder Kreditversicherer gestellt werden. Der Auftraggeber kann einen vom Auftragnehmer vorgeschlagenen Bürgen ablehnen.

Urkunden über Vorauszahlungsbürgschaften werden auf schriftliches Verlangen des Auftragnehmers zurückgegeben, sofern die Vorauszahlung durch Anrechnung fälliger Zahlungen getilgt ist.

10.19 Zahlungen

Alle Zahlungen werden vom Klinikum Braunschweig durch Überweisung geleistet. Als Tag der Zahlung gilt bei Überweisung oder Auszahlung von einem Konto des Auftraggebers der Tag der Hingabe oder Absendung des Auftrages an die ausführende Bank, sofern Deckung vorhanden ist.

Der Auftragnehmer kann auf der Rechnung den gewünschten Zahlungsweg angeben, den der Auftrag-

geber nach Möglichkeit berücksichtigt. Die Kontoverbindungsdaten sind gemäß SEPA (IBAN, BIC) anzugeben.

Erklärungen, dass die Zahlungen in bestimmter Weise bewirkt werden sollen, sind für den Auftraggeber nicht verbindlich.

10.20 DIN Vorschriften

Die Allgemeinen Vertragsbedingungen für die Ausführung von Bauleistungen - DIN 1961 - VOB/B, die Allgemeinen Technischen Vertragsbedingungen - ATV - VOB/C und die in den Verdingungsunterlagen genannten DIN-Vorschriften gelten in der jeweils letzten Fassung, die spätestens 3 Monate vor dem Eröffnungs-/Einreichungstermin im Bundesanzeiger bekannt gemacht bzw. - bei den weiteren DIN-Normen - angezeigt worden ist.

Ändern sich nach Auftragserteilung die o. a. Allgemeinen Vertragsbedingungen und/oder DIN-Vorschriften, so hat der Auftragnehmer über deren Anwendung Einvernehmen mit dem Auftraggeber herzustellen.

10.21 Stoffprüfungen

Verlangt der Auftraggeber bei Meinungsverschiedenheiten über die Eigenschaften von Stoffen und Bauteilen Güte- und Gebrauchsprüfungen, die über die in den allgemeinen Technischen Vertragsbedingungen für Bauleistungen (ATV) vorgeschriebenen oder sonst vertraglich vereinbarten nach Art und Umfang hinausgehen, so erhält der Auftragnehmer hierfür eine besondere Vergütung; er hat in diesen Fällen nach Weisung des Auftraggebers die Proben zu entnehmen oder herstellen und diese prüfen zu lassen. Die Bestimmungen von § 18 Nr. 3 bleiben unberührt.

10.22 Berufsgenossenschaft

Solange der Vertrag nicht erfüllt ist, hat der Auftragnehmer jede Änderung in seiner Zugehörigkeit zur Berufsgenossenschaft unverzüglich dem Auftraggeber mitzuteilen. Auf Verlangen des Auftraggebers hat er jederzeit den Mitgliedschein der Berufsgenossenschaft und eine Bescheinigung der Berufsgenossenschaft darüber vorzulegen, dass er seiner Beitrags- und Vorschusspflicht nachgekommen ist.

10.23 Haftung, Bauunfälle, Bauleistungsversicherung

Der Auftragnehmer hat alle zur Sicherung der Baustelle nach den gesetzlichen, polizeilichen und Unfallverhütungsvorschriften erforderlichen Maßnahmen ggf. unter Berücksichtigung der besonderen Sicherheitsbelange des Nutznießers unter voller eigener Verantwortung auszuführen oder diese zu veranlassen. Er haftet für sämtliche aus der Unterlassung solcher Maßnahmen dem Auftraggeber erwachsenden Schaden. § 10 Nr. 2 Abs. 1 Satz 2 bleibt unberührt.

Den Anordnungen der berechtigten Personen in Bezug auf die Verkehrssicherung der Baustelle ist Folge zu leisten.

Bewachung und Verwahrung der Baubuden, Arbeitsgeräte, Arbeitskleider usw. des Auftragnehmers oder seiner Erfüllungsgehilfen - auch während der Arbeitsruhe - ist Sache des Auftragnehmers; der Auftraggeber ist dafür nicht verantwortlich auch wenn sich diese Gegenstände auf seinen Grundstücken befinden

Der Auftraggeber schließt ☒ eine Bauleistungsversicherung ab.

☐ keine Bauleistungsversicherung ab.

Der Selbstbehalt je Schadenereignis zur Bauleistungsversicherung beträgt 1.000,- € der vom Auftragnehmer zu tragen ist.

Hat der Auftraggeber aufgrund gesetzlicher Vorschriften Erfüllungsgehilfen des Auftragnehmers Schadenersatz zu leisten, so steht ihm der Rückgriff gegen den Auftragnehmer zu, wenn der Schaden durch Verschulden des Auftragnehmers oder seiner Erfüllungsgehilfen verursacht worden ist. Hat ein Verschulden des Auftraggebers oder seiner Erfüllungsgehilfen mitgewirkt, so findet § 254 BGB Anwendung.

Bauunfälle, bei denen Personen- oder Sachschaden entsteht, sind vom Auftragnehmer dem Auftraggeber unverzüglich mitzuteilen. Die Mitteilung ist vom Auftragnehmer spätestens innerhalb von zwei Werktagen schriftlich nachzuvollziehen.

10.24 Preise, Einsichtnahme in die Preisermittlung, Nachträge

Wenn nach § 2 Abs. 3, 5, 6 oder 7 neue Preise zu vereinbaren sind, hat der Auftragnehmer auf Verlangen die Preisermittlungen für die neuen Preise und - soweit erforderlich - für die gesamte Leistung zur Einsicht vorzulegen und die erforderlichen Auskünfte zu erteilen.

Das gleiche gilt, wenn dem Auftragnehmer eine Vergütung nach § 2 Abs. 8 Nr. 2 zusteht. Der Auftraggeber ist berechtigt, in allen Fällen zur Prüfung die hinterlegte Urkalkulation einzusehen.

Werden vom Auftragnehmer Leistungen verlangt, die im Angebot nicht enthalten sind, so sollen vor Beginn dieser Arbeiten die Preise hierfür dem Auftraggeber über den Architekten/Ingenieur als schriftliches Nachtragsangebot angeboten werden. Die Freigabe zur Ausführung begründet kein Anerkenntnis einer Vergütungspflicht dem Grunde nach oder der angebotenen Einheitspreise.

Bei Nachtragsaufträgen gilt als Tag der Zuschlagserteilung der schriftliche Auftrag. Die Beurteilung des Architekten/ Ingenieurs zu den Einheitspreisen von Nachtragsangeboten leitet nur den Vergabevorgang (Prüfinstanzen, Ausschüssen usw.) ein.

Werden im Vertrag gem. § 2 VOB/B vorgesehene Leistungen geändert oder nicht im Vertrag enthaltene Leistungen gefordert, so ist den Nachtragsangeboten eine Kalkulation auf Grundlage der Vertragskalkulation (Urkalkulation) beizufügen.

10.25 Zusätzliche Technische Vertragsbedingungen

In den Verdingungsunterlagen genannte Technische Vertragsbedingungen, die im Teil C der VOB - Allgemeine Technische Vorschriften für Bauleistungen (ATV) - nicht ausgeführt sind, sind Zusätzliche Technische Vertragsbedingungen im Sinne von § 1 Abs. 2, Nr.5.

10.26 Kündigung

Kündigt der Auftraggeber den Vertrag nach § 8 Nr. 1, so sind Auftraggeber und Auftragnehmer verpflichtet, einander Auskünfte zu erteilen und diese zu belegen, Soweit dies notwendig ist, um die Höhe des Vergütungsanspruches zu bemessen.

Der Auftraggeber ist berechtigt, den Vertrag zu kündigen, wenn der Auftragnehmer Personen, die auf Seiten des Auftraggebers mit der Vorbereitung, dem Abschluss oder der Durchführung des Vertrages befasst sind, oder ihnen nahestehenden Personen mit Rücksicht auf ihre Zugehörigkeit zu der Verwaltung oder dem Unternehmen des Auftraggebers Vorteile anbietet, verspricht oder gewährt (siehe Nr. 8.1 der ZVB).

Der Auftraggeber ist berechtigt, den Vertrag zu kündigen, wenn der Auftragnehmer gegen Nr. 10.22 verstößt.

Vor der Kündigung nach Absatz 1 und Absatz 3 wird dem Auftragnehmer Gelegenheit gegeben, zu dem Kündigungsgrund Stellung zu nehmen.

Wird nach Absatz 2 oder Absatz 3 gekündigt, gilt § 8 Nr. 3 bis 7 entsprechend.

Der Auftraggeber ist auch zur Kündigung aus wichtigem Grund berechtigt, sofern der Auftragnehmer oder einer seiner Nachunternehmer schuldhaft nicht nur unerheblich eine sich aus den Tariftreue- und Mindestentgelterklärungen nach § 4 Abs. 1 und Abs. 2 bzw. § 5 Abs. 1 NTVergG ergebenden Verpflichtungen nicht erfüllt (§ 15 Abs. 2 NTVergG).

Sonstige gesetzliche oder vertragliche Ansprüche der Vertragsparteien bleiben unberührt.

10.27 Erstattungen

Werden nach Annahme der Schlusszahlung Fehler in den Unterlagen der Abrechnung (§14 Nr. 1 Satz 1) festgestellt, so ist die Rechnung/Schlussrechnung zu berichtigen; Auftraggeber und Auftragnehmer sind verpflichtet, die sich daraus und aus den Fehlern in der Zahlungsabwicklung ergebenden Beträge unter Verzicht auf die Einrede der Verjährung zu erstatten.

Fehler im Sinne von Absatz 1 sind:

- a) Aufmassfehler, d.h. Abweichungen in Aufmasslisten und Abrechnungszeichnungen von der tatsächlichen Ausführung oder untereinander;*
- b) Rechenfehler, d. h. Fehler in der Anwendung der allgemeinen Rechenregeln oder Rechnungsarten (einschl. Kommafehler);*
- c) Übertragungsfehler einschl. Seitenübertragungsfehlern.*

Das Verlangen nach Berichtigung derartiger Fehler gilt nicht als Nachforderung im Sinne von § 16 Nr.3 Abs.2.

Sonstige Ansprüche des Auftraggebers aus § 812 ff. BGB werden durch Absatz 1 nicht berührt.

Bei Rückforderungen des Auftraggebers aus Überzahlungen (§§ 812 ff. BGB) kann sich der Auftragnehmer nicht auf einen etwaigen Wegfall der Bereicherung (§ 818 Abs. 3 BGB) berufen. Im Falle einer Überzahlung hat der Auftragnehmer den zu erstattenden Betrag vom Empfang der Zahlung an zu verzinsen. Der Zinssatz beträgt 8 %-Punkte über dem Basiszinssatz.

10.28 Abtretungen

Die Forderungen des Auftragnehmers gegen den Auftraggeber sind nicht abtretbar.

10.29 Geschäftsbedingungen des Auftragnehmers

Dem Angebot beigefügte Geschäftsbedingungen des Auftragnehmers führen zum Ausschluss des Angebotes. Sie werden grundsätzlich kein Vertragsbestandteil.

10.30 Unwirksamkeit von einzelnen Vertragsbedingungen

Sind einzelne Bestimmungen dieser Vertragsbedingungen unwirksam oder werden sie es später, so sollen sie durch Bestimmungen ersetzt werden, die den unwirksamen Bestimmungen in rechtlicher und wirtschaftlicher Hinsicht möglichst nahe kommen.

10.31 Vertragsänderungen

Jede Änderung des Vertrages bedarf der Schriftform.

"Ende der Weiteren Besonderen Vertragsbedingungen".

**Zusätzliche Vertragsbedingungen für die Ausführung von Bauleistungen
Einheitliche Fassung (April 2014)**

Die §§ beziehen sich auf die Allgemeinen Vertragsbedingungen für die Ausführung von Bauleistungen (VOB/B).

1 Preisermittlungen (§ 2)

- 1.1** Der Auftragnehmer hat auf Verlangen die Preisermittlung für die vertragliche Leistung (Urkalkulation) dem Auftraggeber verschlossen zur Aufbewahrung zu übergeben.
- 1.2** Sind nach § 2 Abs. 3, 5, 6, 7 und/oder Abs. 8 Nr. 2 Preise zu vereinbaren, hat der Auftragnehmer seine Preisermittlungen für diese Preise einschließlich der Aufgliederung der Einheitspreise (Zeitansatz und alle Teilkostenansätze), spätestens mit dem Nachtragsangebot vorzulegen sowie die erforderlichen Auskünfte zu erteilen.
- 1.3** Nrn. 1.1 und 1.2 gelten auch für Nachunternehmerleistungen.

2 Ausführungsunterlagen (§ 3)

Der Ausführung dürfen nur Unterlagen zugrunde gelegt werden, die vom Auftraggeber als zur Ausführung bestimmt gekennzeichnet sind.

3 Werbung (§ 4 Abs. 1)

Werbung auf der Baustelle ist nur nach vorheriger Zustimmung des Auftraggebers zulässig.

4 Umweltschutz (§ 4 Abs. 2 und 3)

Zum Schutz der Umwelt, der Landschaft und der Gewässer hat der Auftragnehmer die durch die Arbeiten hervorgerufenen Beeinträchtigungen auf das unvermeidbare Maß einzuschränken. Behördliche Anordnungen oder Ansprüche Dritter wegen der Auswirkungen der Arbeiten hat der Auftragnehmer dem Auftraggeber unverzüglich schriftlich mitzuteilen.

5 Holzprodukte (§ 4 Abs. 6)

- 5.1** Holzprodukte als Bestandteil der Bauleistung müssen nach FSC/PEFC oder gleichwertig zertifiziert sein oder die für das jeweilige Herkunftsland geltenden Kriterien des FSC oder PEFC einzeln erfüllen.
- 5.2** Der Nachweis der Anforderungen aus Nr. 5.1 ist vom Auftragnehmer bei Anlieferung auf der Baustelle durch Vorlage eines Zertifikates von FSC oder PEFC oder eines Gleichwertigkeitsnachweises oder durch Einzelnachweis zu erbringen.
- 5.3** Der Nachweis der Gleichwertigkeit – d. h. Übereinstimmung des Zertifikates mit dem für das jeweilige Herkunftsland geltenden Standards von FSC oder PEFC – bzw. der Nachweis, dass die im jeweiligen Herkunftsland geltenden Kriterien des FSC oder PEFC einzeln erfüllt werden, ist durch eine Prüfung vom Johann Heinrich von Thünen-Institut in Hamburg oder dem Bundesamt für Naturschutz (BfN) in Bonn zu erbringen.

6 Nachunternehmer (andere Unternehmen) (§ 4 Abs. 8)

- 6.1** Der Auftragnehmer darf Leistungen nur an Nachunternehmer übertragen, die fachkundig, leistungsfähig und zuverlässig sind; dazu gehört auch, dass sie ihren gesetzlichen Verpflichtungen zur Zahlung von Steuern und Sozialabgaben nachgekommen sind und die gewerberechtlichen Voraussetzungen erfüllen.
- Er hat die Nachunternehmer bei Anforderung eines Angebotes davon in Kenntnis zu setzen, dass es sich um einen öffentlichen Auftrag handelt.
- 6.2** Der Auftragnehmer hat vor der beabsichtigten Übertragung Art und Umfang der Leistungen sowie Name, Anschrift und Berufsgenossenschaft (einschließlich Mitgliedsnummer) des hierfür vorgesehenen Nachunternehmers in Textform bekannt zu geben und die Tariftreueerklärung des Nachunternehmers vorzulegen.
- 6.3** Sollen Leistungen, die Nachunternehmern übertragen sind, weiter vergeben werden, ist dies dem Auftraggeber vom Auftragnehmer vor der beabsichtigten Übertragung in Textform bekannt zu geben; die Nummern 6.1 und 6.2 gelten entsprechend.

7 Ausführung der Leistung (§ 4 Abs. 10)

Der Auftragnehmer hat den Auftraggeber rechtzeitig zu informieren, wenn durch die weitere Ausführung Teile der Leistung der Prüfung und Feststellung entzogen werden.

8 Wettbewerbsbeschränkungen (§ 8 Abs. 4), Antikorrupptionsklausel

8.1 Unbeschadet sonstiger Kündigungs- und Rücktrittsrechte ist der Auftraggeber gem. § 314 BGB berechtigt, den Vertrag fristlos zu kündigen oder von ihm zurückzutreten, wenn der Auftragnehmer oder seine Mitarbeiter

- a) aus Anlass der Vergabe nachweislich eine Abrede getroffen hat, die eine unzulässige Wettbewerbsbeschränkung darstellt.
- b) dem Auftraggeber oder dessen Mitarbeitern oder von diesem beauftragten Dritten, die mit der Vorbereitung, dem Abschluss oder der Durchführung des Vertrags betraut sind, oder ihnen nahestehenden Personen, Geschenke, andere Zuwendungen oder sonstige Vorteile unmittelbar oder mittelbar in Aussicht stellt, anbietet, verspricht oder gewährt.
- c) gegenüber dem Auftraggeber, dessen Mitarbeitern oder beauftragten Dritten strafbare Handlungen begeht oder dazu Beihilfe leistet, die unter § 298 StGB (Wettbewerbsbeschränkende Absprachen bei Ausschreibungen), § 299 StGB (Bestechlichkeit und Bestechung im geschäftlichen Verkehr), § 333 StGB (Vorteilsgewährung), § 334 StGB (Bestechung), § 17 UWG (Verrat von Geschäfts- und Betriebsgeheimnissen) oder § 18 UWG (Verwertung von Vorlagen) fallen.

8.2 Wenn der Auftragnehmer nachweislich Handlungen gem. Nummer 8.1 a vorgenommen hat, ist er dem Auftraggeber zu einem pauschalen Schadensersatz in Höhe von 15 v.H. der Abrechnungssumme verpflichtet, es sei denn ein Schaden in anderer Höhe wird nachgewiesen. Dies gilt auch, wenn der Vertrag gekündigt oder bereits erfüllt ist.

8.3 Bei nachgewiesenen Handlungen gem. Nummer 8.1 b oder 8.1 c ist der Auftragnehmer zur Zahlung einer Vertragsstrafe in Höhe 5 v.H. der Netto-Auftragssumme verpflichtet.

8.4 Die Ziffern 8.1 b und 8.3 finden keine Anwendung, soweit es sich um sozial adäquates Verhalten im Sinne Nummer IV des „Rundschreibens des BMI zum Verbot der Annahme von Belohnungen oder Geschenken der Bundesverwaltung vom 8. November 2004“ handelt.

8.5 Sonstige vertragliche oder gesetzliche Ansprüche des Auftraggebers bleiben unberührt.

9 Mitteilung von Bauunfällen (§ 10)

Der Auftragnehmer hat Bauunfälle, bei denen Personen- oder Sachschaden entstanden ist, dem Auftraggeber unverzüglich mitzuteilen.

10 Abnahme (§ 12)

Der Auftraggeber verlangt die förmliche Abnahme ab einer Auftragssumme von 10 000 Euro (ohne Umsatzsteuer).

11 Abrechnung (§ 14)

11.1 Zu den für die Abrechnung notwendigen Feststellungen auf der Baustelle siehe Nr. 7.

11.2 Aus Abrechnungszeichnungen oder anderen Aufmaßunterlagen müssen alle Maße, die zur Prüfung einer Rechnung nötig sind, unmittelbar zu ersehen sein.

11.3 Die Originale der Aufmaßblätter, Wiegescheine und ähnlicher Abrechnungsbelege erhält der Auftraggeber, die Durchschriften der Auftragnehmer.

11.4 Bei Abrechnungen sind Längen und Flächen mit zwei Stellen nach dem Komma, Rauminhalte und Massen mit drei Stellen nach dem Komma anzugeben.

12 Preisnachlässe (§§ 14 und 16)

Soweit nicht ausdrücklich etwas anderes vereinbart ist, wird ein als v.H.-Satz angebotener Preisnachlass bei der Abrechnung und den Zahlungen von den Einheits- und Pauschalpreisen abgezogen, auch von denen der Nachträge, deren Preise auf der Grundlage der Preisermittlung für die vertragliche Leistung zu bilden sind.

Änderungssätze bei vereinbarter Lohngleitklausel sowie Erstattungsbeträge bei vereinbarter Stoffpreisgleitklausel werden durch den Preisnachlass nicht verringert.

13 Rechnungen (§§ 14 und 16)

Für die Rechnungsstellung gilt Nr. 10.17 BVB.

14 Stundenlohnarbeiten (§ 2 Abs. 10, § 15)

Der Auftragnehmer hat über Stundenlohnarbeiten arbeitstäglich Stundenlohnzettel in zweifacher Ausfertigung einzureichen. Diese müssen außer den Angaben nach § 15 Abs. 3

- das Datum,
 - die Bezeichnung der Baustelle,
 - die Namen der Arbeitskräfte und deren Berufs-, Lohn- oder Gehaltsgruppe,
 - die genaue Bezeichnung des Ausführungsortes innerhalb der Baustelle,
 - die Art der Leistung,
 - die geleisteten Arbeitsstunden je Arbeitskraft, ggf. aufgegliedert nach Mehr-, Nacht-, Sonntags- und Feiertagsarbeit, sowie nach im Verrechnungssatz nicht enthaltenen Erschwernissen und
 - die Gerätekenngößen
- enthalten.

Stundenlohnrechnungen müssen entsprechend den Stundenlohnzetteln aufgegliedert werden. Die Originale der Stundenlohnzettel behält der Auftraggeber, die bescheinigten Durchschriften erhält der Auftragnehmer.

15 Zahlungen (§ 16)

15.1 Alle Zahlungen werden bargeldlos in Euro geleistet.

15.2 Bei Arbeitsgemeinschaften werden Zahlungen mit befreiender Wirkung für den Auftraggeber an den für die Durchführung des Vertrags bevollmächtigten Vertreter der Arbeitsgemeinschaft oder nach dessen schriftlicher Weisung geleistet.

Dies gilt auch nach Auflösung der Arbeitsgemeinschaft.

16 Überzahlungen (§ 16)

16.1 Bei Rückforderungen des Auftraggebers aus Überzahlungen (§§ 812 ff. BGB) kann sich der Auftragnehmer nicht auf Wegfall der Bereicherung (§ 818 Abs. 3 BGB) berufen.

16.2 Im Falle der Überzahlung hat der Auftragnehmer den überzahlten Betrag zu erstatten.

Leistet er innerhalb von 14 Kalendertagen nach Zugang des Rückforderungsschreibens nicht, befindet er sich ab diesem Zeitpunkt mit seiner Zahlungsverpflichtung in Verzug und hat Verzugszinsen gemäß §§ 247, 288 Abs. 2 BGB und eine Pauschale gemäß § 288 Abs. 5 BGB zu zahlen. Auf einen Wegfall der Bereicherung kann sich der Auftragnehmer nicht berufen.

17 Verträge mit ausländischen Auftragnehmern (§ 18)

Bei Auslegung des Vertrages ist ausschließlich der in deutscher Sprache abgefasste Vertragswortlaut verbindlich. Erklärungen und Verhandlungen erfolgen in deutscher Sprache. Für die Regelung der vertraglichen und außervertraglichen Beziehungen zwischen den Vertragspartnern gilt ausschließlich das Recht der Bundesrepublik Deutschland.

Name und Anschrift des Bieters

| | |
|---|--|
| Ort: Datum: Tel.: Fax: e-mail: USt.-ID-Nr.: HR-Nr.: | |
|---|--|

(Name und Anschrift der Vergabestelle)

Städtisches Klinikum Braunschweig GmbH
 Geschäftsbereich Bau + Technik
 Freisestraße 9/10
 38118 Braunschweig

Angebotsschreiben

Ablauf der Angebotsfrist: **11.01.2018**
 Bezeichnung der Bauleistung:

Ablauf der Bindefrist: **21.03.2018**

Maßnahmennummer

Baumaßnahme

Städtisches Klinikum Braunschweig
Klinikum Salzdahlumer Straße – Umbau, Weiterbau, Neubau

Vergabenummer
 2017-09-S2-UWN-WDVS

Leistung

VP 27-Fassade: Malerarbeiten + Wärmedämmverbundsystem (WDVS)

| | | | |
|----------------------------|-------------------------------------|--------------|---|
| Anlagen¹ | <input checked="" type="checkbox"/> | | Leistungsverzeichnis/Leistungsprogramm (Kurz- oder Langfassung) mit den Preisen sowie den geforderten Angaben und Erklärungen |
| | <input type="checkbox"/> | | Vertragsformular für Wartung/Instandhaltung mit den Preisen sowie den geforderten Angaben und Erklärungen |
| | <input type="checkbox"/> | 124 | Eigenerklärung zur Eignung |
| | <input type="checkbox"/> | | Einheitliche Europäische Eigenerklärung EEE |
| | <input checked="" type="checkbox"/> | 221 oder 222 | Angaben zur Preisermittlung |
| | <input type="checkbox"/> | 224 | Lohngleitklausel - Berechnung des Änderungssatzes |
| | <input type="checkbox"/> | 233 | Nachunternehmerleistungen |
| | <input type="checkbox"/> | 234 | Bieter-/Arbeitsgemeinschaft |
| | <input type="checkbox"/> | 235 | Verzeichnis der Leistungen/ Kapazitäten anderer Unternehmen |
| | <input type="checkbox"/> | | Nebenangebot(e) |
| | <input type="checkbox"/> | 248 | Erklärung zur Verwendung von Holzprodukten |
| | <input checked="" type="checkbox"/> | | Erklärung zu § 4 Abs. 1 NTVerg (Tariftreue- und Mindestentgelterklärung Bau- und Dienstleistungen gem. Niedersächsischem Tariftreue- und Vergabegesetz) |
| | <input type="checkbox"/> | | --- |

- 1 Ich/Wir biete(n) die Ausführung der oben genannten Leistung zu den von mir/uns eingesetzten Preisen an.**
An mein/unser Angebot halte(n) ich/wir mich/uns bis zum Ablauf der Bindefrist gebunden.

¹ vom Bieter anzukreuzen und beizufügen

- 2 Die Angebotsendsumme des Hauptangebotes gem. Leistungsbeschreibung einschl. Umsatzsteuer beträgt (brutto):**

€

Los 2 _____ €
Los 3 _____ €
Los 4 _____ €
Los 5 _____ €

- 2.1 Die Gesamtsumme der jährlichen Vergütung gem. Wartungs- und/oder Instandhaltungsvertrag einschließl. Umsatzsteuer beträgt (brutto):**

Los 1 _____ €*
Los 2 _____ €*
Los 3 _____ €*
Los 4 _____ €*
Los 5 _____ €*

* nur ausfüllen, wenn den Vergabeunterlagen ein Wartungs-/Instandhaltungsvertrag beiliegt

- 3 Anzahl der Nebenangebote**

Los 1 _____ **St.**
Los 2 _____ **St.**
Los 3 _____ **St.**
Los 4 _____ **St.**
Los 5 _____ **St.**

- 4 Preisnachlass ohne Bedingung auf die Abrechnungssumme für Haupt- und alle Nebenangebote**

_____ %
Los 2 _____ %
Los 3 _____ %
Los 4 _____ %
Los 5 _____ %

- 5 Bestandteil meines/unseres Angebots sind neben diesem Angebotsschreiben und seinen Anlagen:**

- Allgemeine Vertragsbedingungen für die Ausführung von Bauleistungen (VOB/B), Ausgabe 2016,
- Unterlagen gem. Aufforderung zur Angebotsabgabe, Anlagen – Teil B

- 6** ☐ **Ich bin/Wir sind für die zu vergebende Bauleistung präqualifiziert und im Präqualifikationsverzeichnis eingetragen unter Nummer:**

| | |
|-------------|------------------|
| Name: _____ | PQ_Nummer: _____ |
| Name: _____ | PQ_Nummer: _____ |
| Name: _____ | PQ_Nummer: _____ |
| Name: _____ | PQ_Nummer: _____ |
| Name: _____ | PQ_Nummer: _____ |

7 Ich/Wir erkläre(n), dass

- ☐ ich/wir alle Leistungen im eigenen Betrieb ausführen werde(n).
- ☐ ich/wir die Leistungen, die nicht im Verzeichnis Nachunternehmerleistungen bzw. Verzeichnis der Leistungen/Kapazitäten anderer Unternehmer aufgeführt sind, im eigenen Betrieb ausführen werde(n).

7.1 Ich/Wir erkläre(n) weiterhin, dass wir Mitglied der- Berufsgenossenschaft sind und das ich/wir die Tariflöhne/Mindestentgelte gern. § 4 bzw. § 5 des Niedersächsischen Tariftreue- und Vergabegesetzes (NTVergG) zahlen.

Diesem Verfahren wird folgender Tarifvertrag zugrundegelegt:

.....
Soweit Nachunternehmen eingesetzt werden sollen, verpflichten wir uns, auch von diesen die nach § 4 Abs. 1 oder 2 oder § 5 Abs.1 NTVergG jeweils maßgebliche Erklärung gesondert vorzulegen (vgl. § 13 NTVergG).

Wir erklären uns weiterhin damit einverstanden, dass der Auftraggeber gern. § 14 (5) NTVergG Einsicht in die Unterlagen (z.B. Lohn- und Meldeunterlagen) nehmen darf und werden jederzeit auf Verlangen die Einsichtnahme ermöglichen und relevante Unterlagen bereithalten. Wir verpflichten uns, unsere Nachunternehmer entsprechend zu verpflichten.

8 Ich/Wir erkläre(n), dass

- ich/wir bei Verwendung eines selbstgefertigten Leistungsverzeichnisses (Abschrift oder Kurzfassung) den Wortlaut des vom Auftraggeber verfassten Leistungsverzeichnisses (Langtext) als alleinverbindlich anerkenne(n).
- mir/uns zugegangene Änderungen der Vergabeunterlagen Gegenstand meines/unseres Angebotes sind.
- das vom Auftraggeber vorgeschlagene Produkt Inhalt meines/unseres Angebotes ist, wenn Teilleistungsbeschreibungen des Auftraggebers den Zusatz „oder gleichwertig“ enthalten und von mir/uns keine Produktangaben (Hersteller- und Typbezeichnung) eingetragen wurden.
- falls von mir/uns mehrere Nebenangebote abgegeben wurden, mein/unser Angebot auch die Kumulation der Nebenangebote, die sich nicht gegenseitig ausschließen, umfasst.

Unterschrift/Signatur

Ist das Angebot nicht wie vorgegeben signiert oder ist das Angebotsschreiben nicht an dieser Stelle unterschrieben, wird das Angebot ausgeschlossen.